

---

# Arbeitsteilung von Paaren in der Familiengründungsphase

# 2

---

## 2.1 Familienpolitische Rahmung: Elternzeit und Elterngeld

*„Seit zwei Jahren gibt es eine Art von Urlaub, die nur nervenstarken und wagemutigen Menschen empfohlen werden kann. Die Dauer des Vergnügens betrug zu Beginn des Programms zehn Monate, doch hat der Veranstalter aufgrund des großen Erfolgs, besonders bei der weiblichen Klientel, eine Verlängerung auf zwölf Monate beschlossen. Der Anreiseweg ist kurz, das Vergnügen kann überall genossen werden. Die Kosten sind gering, jeder Teilnehmer bekommt sogar noch 600 Mark Taschengeld monatlich (steuerfrei). Als Eigenleistung ist lediglich die Geburt eines Kindes nachzuweisen. Name dieses Abenteuers: Erziehungsurlaub.“*  
(Kugler 1988)

Im Jahr 1986 wurde in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundeserziehungsgeldgesetz (BERzGG) der „Erziehungsurlaub“ in Kombination mit einem bedarfsgeprüften „Erziehungsgeld“ eingeführt (Gerlach 2010: 269).<sup>1</sup> Während die Familienpolitik der 1950er und 60er Jahre sich am Alleinernährer- bzw. bürgerlichen Familienmodell orientierte, förderten Entwicklungen, wie die zunehmende (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit von Müttern ab den 1960er Jahren und der Ausbau von Kindergartenplätzen in den 70er Jahren, den Wandel hin zu einer „modernisierten Versorgung“ (Pfau-Effinger/Geissler 1992: 366f.). Das sog. Ernährermodell sah vor, dass der Mann bzw. Vater über die Erwerbsarbeit für den finanziellen Unterhalt der Familie zu sorgen hatte und die Frau bzw. Mutter für die Familien- und Hausarbeit zuständig war. Verbunden damit war weniger eine *faktische* denn eine *normative*

---

1 Bereits seit den 1950er Jahren existierten sowohl in der BRD als auch der DDR gesetzliche Regelungen zum Mutterschutz; ausführlicher dazu Drasch 2011: 173, Geisler/Kreyenfeld 2012: 4, Ziefle 2009: 83ff.

Durchsetzung der Auffassung, dass Frauen primär Hausfrauen waren und zu sein hatten“ (Gildemeister/Robert 2008: 115). Selbst während der Blüte dieses Modells in den 1950er Jahren strebten Frauen eine Ausbildung und manche eine Rückkehr in Erwerbsarbeit nach Familiengründung an (vgl. Born et al. 1996). Auch wenn historisch betrachtet dieses Modell vergleichsweise nur für einen kurzen Zeitraum sozial über alle Schichten hinweg durchgesetzt war, wirkt es bis heute als „implizite[r] Diskussionshintergrund zur Erfassung des Wandels der Geschlechterverhältnisse“ (Gildemeister/Robert 2008: 115f., vgl. auch Thiessen/Villa 2010).

Ab den 1960er und 70er Jahren entsteht mit der modernisierten Versorgung, „in der die Ehefrau als Zuverdienerin neben den männlichen Haupternährer tritt“ (Leitner 2005: 958), das „Drei-Phasen-Modell“ (für Mütter). D.h. auf die Erwerbsarbeit folgten eine meist mehrjährige familienbedingte Unterbrechung und anschließend der Wiedereinstieg. Vor diesem gesellschafts- und familienpolitischen Hintergrund war das Ziel des Erziehungsurlaubs die „Ermöglichung der (sequenziellen) Vereinbarkeit von Elternschaft [faktisch Mutterschaft, AP] und Erwerbstätigkeit“ (Gerlach 2010: 269).

Das Alleinernährer-Hausfrauenmodell ist jedoch in seiner faktischen und normativen Durchsetzung nicht nur zeitlich, sondern auch länderspezifisch (geographisch eingeschränkt) zu verorten. In der DDR und nach 1990 in Ostdeutschland konnte es sich nicht in diesem Maß durchsetzen und hat als ‚Modell‘ und ‚normative Folie‘ nicht dieselbe Gültigkeit erlangt:

„Insgesamt ist in Ostdeutschland bisher keine Re-Etablierung des „klassischen“ *Familienmodells* (Ernährerehemann, Hausfrau) oder seiner modernisierten Variante (Ernährerehemann, halbtagsbeschäftigte Frau) zu beobachten. Die wichtigste Form privater Lebensführung ist in den neuen Bundesländern der Partnerschaftshaushalt mit vollzeiterwerbstätigen Erwachsenen geblieben.“ (Schenk 2000: 205)

Damit einher geht jedoch nicht der umgekehrte Befund, in der DDR und später in Ostdeutschland hätte es eine gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen, Vätern und Müttern sowohl in der Erwerbsarbeit *als auch* in der Familienarbeit gegeben. Vielmehr ermöglichte, förderte und verlangte ein stark ausgebauter Sozialstaat mit umfassenden öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten die Erwerbsarbeit von Frauen und Müttern, die nichtsdestotrotz eine höhere Verantwortung für Familienarbeit (insbesondere auch Hausarbeit) im Vergleich zu ihren Partner hatten (Scholz 2008: 107). Vorherrschend war hier das Doppelverdienermodell (Schenk 1995: 479), verbunden mit dem Leitbild der „berufstätigen Mutter“ (Gysi/Meyer 1993).<sup>2</sup>

---

2 Zur Entwicklung der Familien- und Sozialpolitik in der DDR, vgl. Trappe 1995.

Ebenfalls seit 1986 gab es in der DDR die Möglichkeit ein sog. „Baby- oder Mütterjahr“ (Grandke 2001: 326) in Anspruch zu nehmen.<sup>3</sup> Für diese Zeit wurde eine Unterstützung zwischen 60 und 90 Prozent des Nettoentgeltes, abhängig von Kinderzahl, Verdiensthöhe und Versicherungsstatus gezahlt (Groeben 2011: 3). 1990 wurden dann im Zuge des Einigungsvertrages die gesetzlichen Regelungen zum Erziehungsurlaub und -geld aus der Bundesrepublik für die Bürgerinnen und Bürger aus der DDR übernommen (Drasch 2011: 174).

Über die Jahre wurden die Regelungen zu Erziehungsurlaub, später Elternzeit und Erziehungsgeld hinsichtlich Dauer, Kombinationsmöglichkeiten mit Teilzeitarbeit sowie finanzieller Ausgestaltung angepasst.<sup>4</sup> Im Jahr 2001 erfolgte eine Reform, im Zuge derer die Einkommensgrenzen moderat erhöht wurden, eine Umbenennung des Erziehungsurlaubs in *Elternzeit* stattfand und die mögliche parallele Arbeitszeit von 19 auf 30 Wochenstunden erhöht wurde (Gerlach 2010: 269, 386). Auf bis zu drei Jahre *Elternzeit* hat jeder Elternteil Anspruch, der in einem Arbeitsverhältnis steht.<sup>5</sup> Während der Elternzeit besteht ein besonderer Kündigungsschutz, die Arbeitgeberseite kann grundsätzlich keine Kündigung aussprechen (§ 18 Abs. 1 BEEG; Deutscher Bundestag 2008: 8).

Bereits seit 1992 war es für Eltern möglich, bis zu dreimal in der Betreuung zu wechseln, wovon jedoch „nicht im erhofften Ausmaß Gebrauch gemacht wurde“ (Gerlach 2010: 269). Auch wenn die Regelungen zu Erziehungsurlaub und später Elternzeit vom Gesetzgeber geschlechtsneutral gehalten waren, zeigte sich bei der Inanspruchnahme faktisch, dass sie nahezu ausschließlich von Müttern genutzt wurden (Kortendiek 2004: 389, Ziefle 2009: 98f.): Der Anteil von Vätern als Er-

---

3 Bereits seit 1972 gab es für alleinerziehende Mütter, falls keine institutionelle Kinderbetreuung vorhanden war, und seit Ende der 70er Jahre für Mütter mit zwei und mehr Kindern, die Möglichkeit eines „Babyjahres“ (Drasch 2011: 173). Auf diese Leistungen hatten Väter keinen Anspruch; für die Regelungen von Schwangerschafts- und Wochenurlaub sowie unbezahlten Freistellungen in der DDR, vgl. Grandke 2001: 325.

4 So galt bspw. bis 2001 als Voraussetzung für die Inanspruchnahme, dass ein Elternteil seine Erwerbstätigkeit auf unter 19 Stunden pro Woche reduzierte (Gerlach 2010: 386f.). Der Zeitraum einer möglichen Inanspruchnahme wurde sukzessiv ausgeweitet: 1987 wurde das Erziehungsgeld für zwölf Monate gezahlt und wurde dann in Stufen auf 24 Monate angehoben. Das Erziehungsgeld war eine bedarfsabhängige Leistung, d. h. es bestand eine Einkommenshöchstgrenze. Ausführlicher zu den gesetzlichen Regelungen, z. B. Behrend 2013, Drasch 2011, Gerlach 2010, Groeben 2011, Ziefle 2009.

5 Dies gilt auch für Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen, Teilzeitarbeitsverträgen und in geringfügiger Beschäftigung, jedoch nicht für Selbstständige.

ziehungsgeldempfänger lag 1987 bei 1,1 Prozent und knapp zwanzig Jahre später (auch nur) zwischen drei und knapp fünf Prozent.“<sup>6</sup>

Anspruch auf Erziehungsurlaub und -geld hatten seit 1986 prinzipiell *beide Elternteile*. Widersprüchlich sind die Aussagen bezüglich der Anspruchsberechtigung beim Babyjahr. Unbestritten ist der Anspruch von Müttern, inwiefern Väter ebenfalls Anspruch hatten ist umstritten. Groeben (2011: 3) schließt aus den Widersprüchlichkeiten, dass Väter zwar theoretisch die Möglichkeit hatten, diese jedoch nur selten genutzt hätten.

Unabhängig von den gesetzlichen Rahmengeschehnissen wurden sowohl Erziehungsurlaub als auch Babyjahr *faktisch* nahezu ausschließlich von Müttern in Anspruch genommen. In einer Studie im Auftrag des BMFSFJ zu Vätern in Erziehungsurlaub gaben 20 Prozent der befragten Väter in den alten Bundesländern und 26 Prozent in den neuen Bundesländern an, nicht daran gedacht zu haben, Erziehungsurlaub zu nehmen (Vaskovics/Rost 1999: 46).<sup>7</sup> Knapp ein Drittel der westdeutschen und ein Viertel der ostdeutschen Väter führten gegen eine Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub Arbeitsplatz- bzw. berufsbezogene Gründe an, wie die „Angst, den Anschluß im Beruf zu verlieren“ und „Ich wollte nicht auf berufliche Karrierechancen verzichten“. Knapp drei Viertel der befragten Väter gaben an, aus finanziellen Gründen und dem damit verbundenen Wegfall des größeren Teils des Familieneinkommens bei zu geringer Kompensation durch das Erziehungsgeld Erziehungsurlaub nicht in Anspruch zu nehmen bzw. nehmen zu können (ebd.: 43f.).<sup>8</sup> Daraus wird ersichtlich, dass finanzielle *Begründungen* für die Nichtinanspruchnahme von Erziehungsurlaub eine dominierende Argumentationsfigur der Väter darstellte.

Hinsichtlich der finanziellen Situation von Eltern in der Familiengründungsphase hat die sozialpolitische Reform im Zuge des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) im Jahr 2006 Grundlegendes verändert. Es löst die bis dahin geltenden Regelungen zum Erziehungsgeld ab. Seit Januar 2007 haben *alle* Erwerbstätigen *unabhängig* von der Höhe ihres Einkommens Anspruch auf Elterngeld, sofern sie ihr Kind nach der Geburt selbst betreuen. Dies gilt für ungleichgeschlechtliche Paare

---

6 4,7 Prozent der Paarhaushalte mit einem nach 2001 geborenen Kind gehören dem BMFSFJ (2004: 3) zufolge zu „Typ 3: Vater und Mutter sind in Elternzeit und erwerbstätig. Nach der Geburt nehmen Mutter und Vater innerhalb der ersten zwei Lebensjahre die Elternzeit gleichzeitig oder zeitversetzt in Anspruch. Außerdem sind beide Partner (gleichzeitig oder zeitversetzt) erwerbstätig.“

7 Die Befragung von insgesamt 1.002 Vätern fand 1995 und 1996 statt (Vaskovics/Rost 1999: 32), d. h. bereits für das gesamte Bundesgebiet und nach der gesetzlichen Änderung im Jahr 1992, die einen dreimaligen Wechsel der Betreuungspersonen ermöglichte.

8 Mehrfachnennungen waren möglich.

unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht. Bei gleichgeschlechtlichen Paaren ist hingegen eine ‚eingetragene Lebenspartnerschaft‘ Voraussetzung dafür, dass beide Partner Anspruch auf Elternzeit und Elterngeld erlangen.

Beim Erziehungsgeld hatten erwerbstätige, un-/gleichgeschlechtliche Paare nur dann Anspruch, wenn ihr gemeinsames Einkommen die festgelegten Grenzen nicht überschritt. Demgegenüber stellt das Elterngeld eine individualisierte Leistung dar. Für Nicht-Erwerbstätige hat sich die Situation insofern verändert, als 300 Euro Erziehungsgeld für zwei Jahre gezahlt wurden, während der gleiche Betrag beim Elterngeld lediglich für zwölf bzw. maximal 14 Monate gezahlt wird (Deutscher Bundestag 2006c, § 4 BEEG). Das Mutterschaftsgeld nach Geburt des Kindes wird vollständig auf das Elterngeld angerechnet (§ 3 Abs. 1 BEEG), d. h. faktisch bekommt die Mutter in diesem Zeitraum kein Elterngeld und der Zeitraum beträgt insgesamt 14 Monate *inklusive* Mutterschutz und Mutterschaftsgeld. Diese Regelung scheint bei Eltern relativ unbekannt zu sein. Interviewteilnehmende aus meinem Sample wiesen öfters darauf hin und auf ihre Überraschung, als der erste Elterngeldbescheid kam.

Das Elterngeld stellt eine *Einkommensersatzleistung* dar, die v. a. bei Hochqualifizierten und i. d. R. gut verdienenden Eltern die kindbedingte Erwerbsunterbrechung finanziell abfedern soll. Sie betrug zunächst 67 Prozent des durchschnittlich vor der Geburt monatlich zur Verfügung stehenden bereinigten Nettoerwerbseinkommens, jedoch höchstens 1.800 Euro und mindestens 300 Euro. Seit Juni 2010 wurde im Zuge eines ‚Sparpaketes‘ die Entgeltersatzrate für Nettoeinkommen ab 1.200 Euro auf 65 Prozent gesenkt und die Anrechnung des Elterngeldes bei ALG-II-Empfängern auf das ‚Einkommen‘ beschlossen (vgl. Statistisches Bundesamt 2012b: 5).<sup>9</sup> Faktisch bedeutet dies, dass für ALG-II-Empfänger die Leistung des Elterngeldes vollständig entfällt. Diese Einschränkung lässt sich ebenso wie die *einkommensabhängige* Ausgestaltung der Leistung als Förderung einer bestimmten Elterngruppe, der berufstätigen Eltern, verstehen (Behrend 2013: 132).<sup>10</sup>

Eine weitere wesentliche Erneuerung gegenüber dem Erziehungsgeld stellen die *Partnermonate* dar: Von den möglichen 14 Monaten,<sup>11</sup> die das Elterngeld bezogen werden kann, hat ein Elternteil *höchstens* zwölf Monate Anspruch. Die weiteren

---

9 Seit 2011 entfällt darüber hinaus der Elterngeldanspruch für Paare, die vor Geburt des Kindes ein gemeinsam zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500.000 Euro hatten (Statistisches Bundesamt 2012b: 4).

10 Aus einer ungleichheitssoziologischen Perspektive wurde das von verschiedenen Autoren kritisiert, z. B. Behrend 2013, Henninger et al. 2008b, Schutter/Zerle-Elsässer 2012, Wimbauer/Henninger 2008.

11 „Das Elterngeld kann bei gleichem Gesamtbetrag auf die doppelte Anzahl von Monaten gedehnt werden (Verlängerungsmöglichkeit). Insgesamt können Eltern maximal 28

zwei Monatsbeträge werden nur gewährt, wenn der andere Elternteil (*mindestens*) diese übernimmt.<sup>12</sup> Im Prinzip gilt: „Mutter und Vater können den Zeitraum frei untereinander aufteilen.“ (§ 4 BEEG). Gleichgeschlechtliche Paare mit eingetragener Lebenspartnerschaft haben zwei Elternzeitoptionen: 1. Über den Status als eingetragene Lebenspartner haben beide gleichermaßen das Recht auf Elternzeit und -geld. 2. Adoptiert der Ko-Elternteil in dem Zeitraum das Kind *nicht*, kann die leibliche Mutter/der leibliche Vater als ‚Alleinerziehende(r)‘ vierzehn Monate Elternzeit mit Elterngeld beanspruchen.

Verbunden mit der Einführung des Elterngeldes war der Wille a) *bevölkerungspolitisch* die Geburtenrate in Deutschland (wieder) zu erhöhen, b) *wirtschaftspolitisch* Frauen bzw. vielmehr Mütter „angesichts der wachsenden Konkurrenz auf dem sich globalisierenden Weltmarkt als qualifizierte Arbeitskräfte“ (Kahlert 2007: 349) zu gewinnen bzw. zu halten, d. h. die Rückkehrerinnenquote zu erhöhen, c) *sozialpolitisch* eine eigenständige Existenzsicherung der Eltern zu gewährleisten und d) *geschlechterpolitisch* die Beteiligung von Vätern an der Betreuungsarbeit zu erhöhen (Henninger et al. 2008b: 109, Trappe 2013a: 28f., Wrohlich et al. 2012: 1). Die familienpolitische Reform steht im Kontext der sog. „nachhaltigen Familienpolitik“, deren Ziele sind: wirtschaftliche Stabilität der Familien, Balance von Familie und Erwerbstätigkeit, Steigerung der Geburtenrate, Nachteilsausgleich zwischen Familientypen, frühe Förderung von Kindern und Zusammenhalt der Generationen (Deutscher Bundestag 2008: 5f.).

**Tabelle 1** Übersicht zu politischen Zielen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes

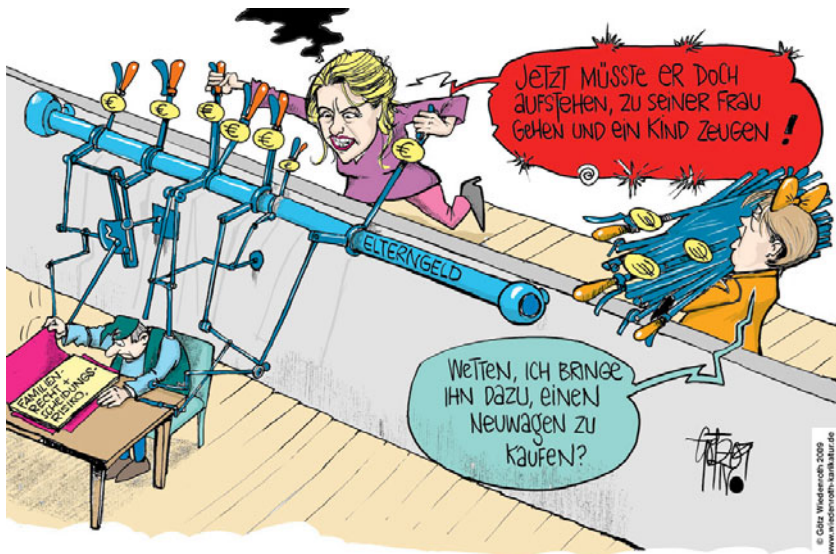
bevölkerungspolitisch	Erhöhung der Geburtenrate
wirtschaftspolitisch	(Re-)Kommodifizierung von (hochqualifizierten) Müttern
sozialpolitisch	eigenständige Existenzsicherung von Eltern
geschlechterpolitisch	Erhöhung der Beteiligung von Vätern an der Betreuungsarbeit

Das *demografische Ziel* einer Erhöhung der Geburtenrate mit Hilfe der Elterngeldreform wird (nicht nur) in sozialwissenschaftlichen Publikationen kritisch gesehen.

---

halbe Monatsbeträge ausgezahlt bekommen (§ 6 BEEG)“ (Deutscher Bundestag 2008: 7).

12 Sowohl die Ausgestaltung des Elterngeldes als Einkommensersatzleistung (Bundesverfassungsgericht 2011b) als auch die Partnermonate (Bundesverfassungsgericht 2011a) waren Gegenstand eines Normenkontrollantrags bzw. einer Verfassungsbeschwerde, die beide vom Bundesverfassungsgericht 2011 zurückgewiesen wurden.



**Im Forschungsinstitut für fiskalische Natalkybernetik**

**Abb. 1** Über die Hebel der (Familien-)Politik von Götz Wiedenroth (2009)

© Götz Wiedenroth, [www.wiedenroth-karikatur.de](http://www.wiedenroth-karikatur.de)

Dem deklarierten Ziel einer Geburtenerrhöhung, das im Gesetz selbst nicht erwähnt wird, aber in der vorherigen politischen Debatte und entsprechenden Gutachten angeführt wird, liegt die Idee zugrunde, *staatliches* Handeln könne das Handeln von Bürgern beeinflussen oder ‚steuern‘. Gesetze werden in dieser Logik als „Anreizstrukturen begriffen, die das Handeln der Bürger/innen in gewünschte Richtungen normativ steuern sollen“ (Behrend 2013: 134f.). In den Expertisen zum Elterngeld und dem politischen Diskurs vor der Einführung zeigt sich, dass der Stellenwert bei bzw. ‚Einfluss‘ von finanziellen Unterstützungen auf Familiengründungen überschätzt wird (ebd.: 136). Farahat (2006: 989) bezweifelt,

„ob finanzielle Anreize wie das Elterngeld auch nur ein einziges Akademikerkind mehr bringen werden, denn diese Maßnahmen operieren nach dem Modell der Rational-Choice-Theorie. Sie reduzieren die Entscheidung für oder gegen ein Kind auf ökonomisch quantifizierbare individuelle Kosten-Nutzen-Abwägungen.“

Behrend (2013: 142f.) argumentiert darüber hinaus, dass das Gesetz Familiengründungen eher erschweren würde als sie zu erleichtern,



„weil es selbst Vorleistungen einfordert, um dem Bild der gut ausgebildeten, berufstätigen und erfolgreichen Eltern entsprechen zu können. Das betrifft vor allem die Setzung von Arbeit als zentralen Bezugspunkt, von dem aus die Familiengründung vorgenommen werden soll.“

Die Frage nach ‚den Gründen‘ für den Geburtenrückgang, verbunden mit Lösungsempfehlungen, wird sowohl von Politikern als auch Wissenschaftlern unterschiedlich beantwortet.<sup>13</sup> Auf der ‚individuellen‘ Ebene zeigt sich, dass die Familiengründung an „Fraglosigkeit“ verloren hat und nicht mehr in dem Maße als „Bestandteil von Tradition“ gilt (Kahlert 2007: 358). Sie wird vielmehr zu einem (mehr oder weniger aktiven und bewussten) Entscheidungsprozess, mit einem Abwägen von Pro- und Kontraargumenten.

Als ein Hauptgrund für *Kinderlosigkeit* gelten die „fehlende Stabilität der Partnerschaft (oder überhaupt eine fehlende Beziehung) und die Unsicherheit, ob man einen Partner findet, auf den man sich verlassen kann“ (Burkart 2007: 411f. mit Verweis auf Rupp 2005). Der Perspektivenwechsel von ‚Gründen‘ für oder gegen eine Familiengründung zu dem Phänomen der Kinderlosigkeit zeigt, dass diese „häufig eine Folge des *Aufschubs* der Familiengründung und Ausdruck spezifischer biographischer Konstellationen, seltener dagegen das Ergebnis einer einmaligen Entscheidung oder dauerhaften Disposition“ ist (Kreyenfeld/Konietzka 2007: 12). Familien- und Sozialpolitik wird dabei als ‚Rahmenbedingung‘ gesehen, die – das zeigen Ländervergleiche – durchaus einen Einfluss auf die individuellen Entscheidungen für oder gegen eine Familiengründung haben können.

Über die ‚Wirkung‘ und den Grad des Einflusses von familienpolitischen Maßnahmen besteht in der Forschung Uneinigkeit:

„Nach Plausibilitätskriterien kann angenommen werden, dass familienpolitische Maßnahmen eine relevante Kontextbedingung für die Familienentwicklung darstellen. Dies gilt noch mehr für Maßnahmen anderer Politikbereiche, die wir als familienrelevante Politik bezeichnet haben. Doch die tatsächlichen Wirkungen familienpolitischer Maßnahmen können derzeit in der wissenschaftlichen Forschung

---

13 Vgl. dazu Burkart 1994, 2007, Schmitt 2007, Kahlert 2007. Sie reichen bis hin zu sehr grundsätzlichen Problematisierungen, wie der „weitgehenden Stabilität der Geschlechterverhältnisse im privaten und einem weitgehenden Wandel der Geschlechterverhältnisse im öffentlichen Bereich“, mit der Schlussfolgerung: „Die Lösung des demographischen Problems bestünde demnach in einer zukunftsorientierten Ermöglichung egalitärer Geschlechterkonstruktionen und einer demokratischen Arbeitsteilung, in der beide Geschlechter erwerbstätig und zuständig für die Haus- und Sorgearbeit sein können“ (Kahlert 2007: 337). Kahlert verortet damit das Phänomen des Geburtenrückgangs in der Sphärentrennung (öffentlich/privat, Erwerbs- und Familienarbeit) und ihrer inhärenten geschlechterdifferenzierenden Arbeitsteilung.



kaum nachgewiesen werden. Es bleibt unklar, welche nicht intendierten Effekte neben den politisch beabsichtigten Wirkungen auftreten.“ (Vaskovics 2002: 126)

Abgesehen davon, dass prinzipiell umstritten ist, inwiefern Sozial- bzw. Familienpolitik, insbesondere das Elterngeld, Einfluss auf die Geburtenrate haben kann (Wimbauer/Henninger 2008: 74), fallen auch die Evaluationen zum Elterngeld bezüglich dieses Zieles widersprüchlich aus. In der Tendenz zeigt sich, dass in Auftragsstudien  *eher* (wenn auch sehr vage) eine Wirkung unterstellt wird, die dann entsprechend in Regierungsberichten zitiert werden:

„Die Ergebnisse lassen vermuten, dass die Familienplanung und die Ausgestaltung der anschließenden Familienphase durchaus von einem erheblichen Teil der Befragten als durch das Elterngeld beeinflussbar angesehen wird, die konkrete Entscheidung für oder gegen Kinder nach dem eigenen Bekenntnis jedoch nur geringfügig durch das Elterngeld beeinflusst wird (RWI, 2007).“ (Deutscher Bundestag 2008: 23)

„Vom IW Köln wurde auch befunden, dass das Elterngeld als Lohnersatzleistung langfristig die Reproduktionsfunktion der Familie stärke und zu einem größeren Bevölkerungswachstum führe, da Einkommenssicherheit bestehe und eine Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt erreicht werde (IW, 2007).“ (ebd.: 9)

Eine Problematik, die sich in diesem Zusammenhang ergibt, ist die Frage der Überprüfbarkeit. Angenommen die Geburtenrate erhöht sich, so ist es methodisch nicht ohne weiteres nachweisbar, dass diese Entwicklung (allein oder in Anteilen) auf die Einführung des Elterngeldes zurückzuführen sei. Dies verweist wiederum darauf, dass eine Familiengründung (und die Entscheidung oder die Entwicklung dahin) ein komplexer Prozess ist (vgl. Behrend 2013: 142). Ein weiteres methodisches Problem besteht darin, die Geburtenrate und -entwicklung adäquat zu operationalisieren, quantitativ zu erheben und zu interpretieren (vgl. Boll 2011, N.N./FAZ 2012).

In engem Zusammenhang mit dem bevölkerungspolitischen steht das *sozialpolitische Ziel*, die eigenständige Existenzsicherung der Eltern durch das Elterngeld zu gewährleisten. Dieser Aspekt und das *wirtschaftspolitische Ziel* einer verstärkten Kommodifizierung von Müttern werden v. a. ökonomisch begründet. Die Idee ist, mit dem Elterngeld den Paaren einen Teil ihrer „Verzichtskosten“ zu ersetzen, die durch die Betreuung des Kindes entstehen. Gerlach (2010: 272) sieht darin den „Wechsel vom sozialpolitisch motivierten Bedürftigkeitsprinzip zum Opportunitätskostenprinzip“. Erziehung und Versorgung von Kindern würden „als soziale Lasten wahrgenommen“ werden, so Geissler (2009: 37). Bemerkenswert ist, dass es zu einem (selektiven) Ausbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit *trotz* Mittelknappheit (Stichwort Krise des Wohlfahrtsstaates) kommt. Leitner (2008: 80) zufolge,

besteht der Erfolg der neuen Familienpolitik in ihrer Verwobenheit mit einem Ökonomisierungsdiskurs:

„Die neue Familienpolitik, die unter dem Mäntelchen der Ökonomie betrieben wird, hat – wie gesagt – Erfolge aufzuweisen: Flexiblere Elternzeit, Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, Elterngeld. Dieser Erfolg ist zweifach begründet: Zum einen hat die Ökonomisierungsstrategie eine reale Grundlage, die ökonomischen Argumente „stimmen“, d. h. die neue Familienpolitik erweist sich tatsächlich als funktional für die Ökonomie. Zum anderen hat es das Familienministerium geschafft, den ökonomischen Nutzen, mehr noch: die ökonomische Notwendigkeit der neuen Familienpolitik, für die breite Öffentlichkeit deutlich zu machen. Dennoch kann die Ökonomisierung der Familienpolitik nur eingeschränkt als erfolgreiche politische Strategie bezeichnet werden. In dem Maße, wie die Begründungsstrukturen für politisches Handeln mit ökonomischen Argumenten gerechtfertigt werden müssen, wird Familienpolitik eindimensional. Es kommt nur noch auf die politische Agenda, was einer ökonomischen Argumentation zugänglich ist.“

Die Vereinnahmung der Familienpolitik *für* eine (erfolgreiche) Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ist demnach ambivalent einzuschätzen und birgt die Gefahr, die Eigenlogiken dieser Sphären und Politikbereiche zu vernachlässigen.

Evaluationen der sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele zeigen, dass das Haushaltsnettoeinkommen für Familien nach Einführung des Elterngeldes im ersten Jahr nach Geburt des Kindes im Durchschnitt um 400 Euro pro Monat gestiegen ist (Wrohlich et al. 2012: 1).<sup>14</sup> Bezogen auf die Arbeitsmarkttaktivierung von jungen Müttern (Erhöhung der Rückkehrerinnen-Quote) zeigt sich, dass sich die Wahrscheinlichkeit um 2 bis 2,5 Prozentpunkte erhöht hat, dass Mütter im zweiten Jahr nach Geburt des Kindes (wieder) eine Erwerbstätigkeit aufnehmen (ebd.: 2). Anzumerken ist jedoch auch, dass die Frage einer Rückkehr in die Erwerbstätigkeit nicht allein mit der Ausgestaltung der Elternzeit und des Elterngeldes in Verbindung steht, sondern vielmehr mit dem Vorhandensein von öffentlichen Kinderbetreuungsangeboten, Erwerbsarbeitszeiten etc.

Im Folgenden diskutiere ich, inwiefern ein Wandel der geschlechterdifferenzierenden Arbeitsteilung als *geschlechterpolitisches Ziel* der Elterngeldreform gelten kann. In Bezug auf die „nachhaltige Familienpolitik“ (Bertram 2006, Gruescu/Rürup

---

14 In der Studie wird auch darauf hingewiesen, dass es „nur sehr wenige Haushalte [gibt], deren Einkommen aufgrund der Einführung des Elterngeldes im Vergleich zum Erziehungsgeld gesunken ist. Dies sind primär Arbeitslosengeld (ALG) II Bezieher, die nur den Sockelbetrag des Elterngeldes bekommen und die keinen Anspruch auf Elterngeld aus eigener Erwerbstätigkeit haben. Dieses Ergebnis resultiert aber weniger aus den Regelungen des Elterngeldes an sich sondern aus den Anrechnungsregeln des Einkommens beim ALG II“ (Wrohlich et al. 2012: 1f.).

<http://www.springer.com/978-3-658-07070-0>

Aushandlungen von Paaren zur Elternzeit  
Arbeitsteilung unter neuen Vorzeichen?

Peukert, A.

2015, X, 302 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07070-0